

21. IV. 1919

Das Palais Erzherzog Eugen für Zwecke des Wohnungsamtes.

Berichterstatler BB. Hof:

33. Zahl 8778, Post 37. Das Wohnungsamt ist seit längerer Zeit in der Schmidgasse 18 untergebracht. Es hat sich in der letzten Zeit ergeben, daß die Räumlichkeiten mit Rücksicht auf die Ausdehnung dieses Amtes nicht mehr entsprechen. Sie werden umso ungünstiger, da es in nächster Zeit dringend notwendig ist, daß bezüglich der Anforderung von Wohnungen eine größere Anzahl von Angestellten zum Wohnungsamte dazu kommen soll. Es ist daher vom Direktor dieses Amtes bereits vor einiger Zeit versucht worden, zweckmäßige andere Räumlichkeiten ausfindig zu machen und es hat sich herausgestellt, daß in der Landskron-gasse ein Objekt der Firma Schöller für diesen Zweck sehr geeignet gewesen wäre. Die Verhandlungen hierüber sind schon ziemlich weit vorgeschritten gewesen. Nun hat sich aber das Staatsamt für soziale Fürsorge für dieses Objekt interessiert; es soll dort der Zentralverband für Kriegsbeschädigte untergebracht werden. Es ist diesem Staatsamte gelungen, die Gemeinde Wien zu verdrängen und dieses Objekt für den von ihm in Aussicht genommenen Zweck zu erhalten.

Die Direktion des Wohnungsamtes versuchte nun andere Räumlichkeiten zu finden und hat sich an die Direktion des Deutschen Ritterordens gewendet, welchem ein Palais am Wilhelmring gehört. Es wurden in dieser Richtung Verhandlungen eingeleitet. Nach längeren Verhandlungen ist es dazugekommen, daß der Gemeinde das Objekt auf 2 Jahre unkündbar und für die weitere Zeit von Jahr zu Jahr kündbar überlassen wird, wogegen die Gemeinde Wien sich verpflichten soll, die Instandhaltung des Gebäudes auf sich zu nehmen.

Das Stadtbauamt hat vom Verwalter des Objektes die Mitteilung erhalten, daß in normalen Zeiten zur Instandhaltung des Gebäudes 16.000 K notwendig waren. Es wird daher mit Rücksicht auf die derzeitige Höhe der Preise, die für Adaptierungen gezahlt werden müssen, ein Betrag von 45.000 K jährlich notwendig sein. Nun ist uns allen klar, daß ein solches Palais für die Persönlichkeiten, die früher darin gewohnt haben, ganz außerordentlich nett gehalten werden mußte und begreiflicherweise dadurch größere Kosten erwachsen sind. Ich bin der

2

10. Mai 1919, Magistratsabteilung XXII 1032, gestellten und in der Aufnahmeschrift vom 12. Mai 1919 ergänzten, beziehungsweise rücksichtlich der unkündbaren Ueberlassungsdauer abgeänderten Bedingungen zu überlassen, wird angenommen. Der Magistrat wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten des abzuschließenden Uebereinkommens zu vereinbaren. Die Kosten für die bauliche Erhaltung und Instandhaltung des Gebäudes werden mit jährlich 45.000 K, die Kosten für die Beheizung von jährlich 20.000 K, die Kosten für die Beleuchtung mit jährlich 5000 K genehmigt.